

Special Wissenschaft & Forschung

Mehrsprachig statt einsilbig

Sprachen sogenannter Minderheiten werden im offiziellen Leben oftmals ausgegrenzt – nicht nur in Österreich, sondern überall auf der Welt. Das von der Unesco ausgerufenen Jahr der Sprachen soll das Bewusstsein dafür schärfen, dass mit der Sprache auch das damit verbundene Wissen und die Kultur verloren gehen.

Sonja Gerstl

Rund um den Globus kursieren derzeit mehr als 6000 verschiedene Sprachen. Über die Hälfte dieser Sprachen wird von weniger als 10.000 Menschen gesprochen, ein Viertel davon sogar von weniger als 1000 Menschen. Jedes Jahr sterben mindestens zehn Sprachen.

Angesichts dieser alarmierenden Zahlen hat die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) 2008 zum „Internationalen Jahr der Sprachen“ erklärt. Schließlich, so ist man überzeugt, bedrohe das zunehmende Verschwinden insbesondere kleiner Sprachen die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Die Sprache der Menschen spiegelt das traditionelle Wissen über Umwelt und Kultur ihrer Träger wider. Der Untergang einer Sprache bedeutet auch den unwiederbringlichen Verlust dieses Wissens und dieser Kultur. Deklarierte Ziele der Unesco sind die Erhaltung sprachlicher Vielfalt, der Schutz gefährdeter und indigener Sprachen, Sprache als Mittel für Dialog und Integration und die Förderung mehrspra-

chiger Ausbildung. Im Rahmen des Internationalen Jahres der Sprachen werden Regierungen, UN-Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Bildungs- und Kultureinrichtungen eingeladen, ihre Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz des Kulturgutes „Sprache“ und insbesondere der national und international bedrohten Sprachen auszubauen.

Wortwechsel

Grundlage dafür ist die UN-Resolution zur Mehrsprachigkeit. Die Unesco als UN-Sonderorganisation hat alle Mitgliedstaaten aufgerufen, Schwerpunkte zum Thema Sprache zu setzen.

Die Initiative für das „Internationale Jahr der Sprachen 2008“ kam aus Österreich: Bei der 33. Unesco-Generalkonferenz im Jahr 2005 brachte das Land eine Resolution ein, die, besonders mit Unterstützung aus Afrika, angenommen wurde. Die Österreichische Unesco-Kommission veranstaltet deshalb in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eine Expertentagung zum Thema „Lebensweltliche Mehrsprachigkeit“. Die Konferenz



Vielsprachigkeit ermöglicht das bessere Verstehen des Anderen und trägt so zu mehr Toleranz bei. Vorurteile gegenüber Anderssprachigen gilt es abzubauen. Foto: Fotolia.com

dient einem breit angelegten und stark differenzierten Austausch von Informationen über die Förderung der individuellen und gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit im Alltag in vier Bereichen des öffentlichen Le-

bens: Bildung, Minderheiten, Wirtschaft und Medien. Erklärtes Ziel ist es, einen internationalen, sprachlichen und institutionsunabhängigen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Zielgruppe sind

Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich in ihrer Forschung mit Mehrsprachigkeit befassen. Darüber hinaus sollen aber auch Praktiker zu Wort kommen.

www.jahrdersprachen2008.at

Dieter Halwachs: „Das Verschwinden von Romani kann man verhindern, indem man Pluralität positiv besetzt und andere Kulturen und Sprachen nicht als minder(heiten)wertig betrachtet. Das ist angesichts der vorherrschenden Realitäten ein äußerst schwieriges Unterfangen“, erklärt der Leiter des Romani-Projekts an der Universität Graz.

Ignoranz forciert den Sprachverlust

economy: *Wie kam es zum Romani-Projekt (Romani ist die Sprache der Roma und der Sinti, Anm. d. Red.) an der Universität Graz?*

Dieter Halwachs: Das Romani-Projekt geht auf eine Initiative der österreichischen „Volksgruppe der Roma“ aus dem Jahr 1993 zurück. Anfänglich auf das Burgenland beschränkt, beschäftigt sich das Projekt mittlerweile sowohl mit dem Romani als europäischer Minderheitensprache als auch mit der soziokulturellen und soziopolitischen Situation seiner Sprecher im europäischen Kontext.

Welche Intention steckt dahinter?

Abgesehen vom nach wie vor linguistischen Kernbereich, der Dokumentation der Pluralität des Romani als Teil der kulturellen Evolution, leistet das Projekt durch die praktische Um-

setzung und Implementierung der Ergebnisse einen Beitrag zum Kultur- und Identitätserhalt und damit auch zur Emanzipation der Roma als europäische „Nation“. Kodifizierung und Umsetzung unter Einbeziehung der Sprecher verringern die Wahrscheinlichkeit von Sprachverlust und der damit verbundenen kulturellen Assimilation und leisten einen Beitrag zur Steigerung des Selbstbewusstseins und zur sozioökonomischen Integration. Es handelt sich beim Romani-Projekt folglich weder um ein rein wissenschaftlich-akademisches Forschungsvorhaben noch um folkloristisch-sprachpflegerische Zwangsbeglückung, sondern um wissenschaftsbasierte Arbeiten im öffentlich-europäischen Interesse.

Von wie vielen Menschen wird diese Sprache gesprochen?

Schätzungsweise von einigen Zigttausend Menschen – in der überwiegenden Mehrzahl von Einwanderern im Gefolge der Arbeitsmigration ab 1960. Genaueres ist aber nicht bekannt.

Wie gefährdet ist Romani denn nun tatsächlich?

Das ist von Dialekt zu Dialekt verschieden – die sogenannten autochthonen österreichischen Varianten sind de facto stark gefährdet, die Dialekte von Migranten hingegen sind es weitaus weniger. Dazu gibt es auch entsprechende wissenschaftliche Erhebungen.

Wie kann man verhindern, dass diese Sprache endgültig verschwindet?

Das kann man verhindern, indem man Pluralität positiv besetzt und andere Kulturen und Sprachen nicht als minder(heiten)wertig betrachtet –

um nur einige Aspekte zu benennen. Das allerdings ist ein schwieriges Unterfangen – zumindest solange die europäische Nationalstaatenideologie

Common Sense einer populistischen, visionslosen Politik und einer materiell ausgerichteten Gesellschaft ist. *sog*

www.romani.uni-graz.at/romani

Global kommunizieren

Vom 12. bis zum 15. Juni 2008 findet in Eisenstadt die Internationale Konferenz zum Thema „Lebensweltliche Mehrsprachigkeit“ statt. Inhaltlich geht es dabei um vier Kernbereiche: 1. Unterrichtssprachen und lebensweltliche Mehrsprachigkeit, 2. Minderheiten und lebensweltliche Mehrsprachigkeit, 3. Wirtschaft und Management der Vielfalt, 4. Lebensweltliche Mehrsprachigkeit in den Medien und im Internet. Neben einer Reihe von Plenarvorträgen finden auch zahlreiche Workshops sowie eine abschließende Podiumsdiskussion statt. Die Ergebnisse dieses kollektiven Wissens- und Erfahrungsaustauschs werden in einem Konferenzbericht zusammengefasst. In Eisenstadt erwartet werden international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Österreich ist mit Bundesministerin Claudia Schmied (SPÖ) sowie zahlreichen Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftlern vertreten. Dieter Halwachs wird einen eigenen Workshop zu Romani abhalten.

Innovation und Performance

Auf kleine und mittlere Unternehmen warten im hochtechnologischen Bereich zahlreiche Herausforderungen.

Sonja Gerstl

Vor allem junge Unternehmer sowie Klein- und Mittelbetrieben (KMU) verfügen oft nicht über die nötige Eigenkapitalbasis, um größere Investitionen umsetzen zu können. Der Österreichische Forschungsdialog widmete sich daher dieser Tage unter dem Titel „Entrepreneurship & Science Based Industries“ in Dornbirn der Thematik der Finanzierung von Innovation und Neugründungen.

Wie wichtig Unternehmensgründungen in modernen Volkswirtschaften sind, stand dabei außer Zweifel. Allein in Öster-

reich erfolgen rund 30.000 Neugründungen pro Jahr. Vor allem der Bereich unternehmensorientierte Dienstleistungen boomt, wissensintensive Wirtschaftsbereiche und Hightech-Unternehmen prägen die Szenerie. Darüber hinaus wächst auch der Anteil an akademischen Spin-offs, also Unternehmensgründungen aus dem wissenschaftlichen Umfeld.

Risikokapital bereitstellen

All diesen Neugründungen gemeinsam ist, dass sie in den ersten Jahren ihres Bestehens mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen konfrontiert sind. Vor allem ihre grundsätzlich bescheidene Ressourcenausstattung und ihr eher schlechter Zugang zu Ressourcen wie Kapital und Personal verschaffen ihnen mitunter ganz erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Andererseits sind diese Kleinst- und Kleinunternehmen jedoch meist flexibler, das heißt, sie können rascher auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren.

Christa Kranzl (SPÖ), Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (Bmvit), betonte in ihrem Eingangsstatement die Wichtigkeit, die Finanzierungslücken für Unternehmen in der Startphase zu schließen. Man müsse darüber nachdenken, wie

man Risikokapital mit öffentlicher und privater Beteiligung zur Verfügung stellen könne.

Jürgen Egel vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung erklärte, dass gerade für ein kleines Land wie Österreich die Offenheit für Ansiedelungen aus dem Ausland unverzichtbar sei. Ein wichtiger Teil der Hightech-Gründungen in Österreich – rund 40 Prozent – werde nämlich von Akademikern vollzo-

gen. Der Experte riet, den Fokus künftig auf die Verbesserung der Seed-Finanzierung (*Seed-Finanzierung bezeichnet die früheste Phase der Unternehmensfinanzierung von Hightech-Unternehmen, Anm. d. Red.*) zu richten.

„Die optimale Nutzung der Wachstumspotenziale unserer Betriebe darf nicht an der Finanzierung scheitern“, betonte Wirtschaftslandesrat Manfred

Rein. In Vorarlberg wurde deshalb bereits vor geraumer Zeit das „Chancenkapitalmodell“ ins Leben gerufen. Indem das Land Haftungsgarantien übernimmt, sollen Finanzmittel von Investoren für innovations- und expansionswillige Unternehmer mobilisiert werden. Ziel ist auch die langfristige Verbesserung der Finanzierungsstruktur von KMU in Vorarlberg.

www.forschungsdialog.at

Fragen für morgen

Staatliche Ausgaben für die Forschung zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zielen traditionellerweise auf die Erfüllung bestimmter vordefinierter „Missionen“ ab. Welche Relevanz diese sogenannte Misionsorientierung im Kontext mit einer erfolgreichen FTI-Politik (Forschungs- und Technologieinformation) hat, war Ausgangspunkt von Überlegungen, denen sich eine Expertenrunde im Rahmen des Dialogforums und Kamingsgesprächs am 2. Juni 2008 in Eisenstadt widmete. Misionsorientiert ausgerichtete F&E-Förderprogramme gibt es in Österreich zu zahlreichen Themenfeldern. Beispiele hierfür sind das in den 90er Jahren entstandene österreichische Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschungsprogramm Kulturlandschaftsforschung (KLF) und das aktuelle Nachfolgeprogramm proVISION. Aber auch für die Themenfelder „Zukunft des Verkehrs“ und „Sicherheit in Österreich“ wurde in spezifische Förderprogramme implementiert. Ein aktuelles Projekt betrifft einen Beschluss des Europäischen Rates, wonach bis zum Jahr 2020 eine Reihe von ambitionierten energie- und klimapolitischen Zielen innerhalb der EU zu erreichen ist. Zur Forcierung dieser Vorhaben wurde in Österreich der Klima- und Energiefonds gegründet. Mit dem Förderbudget sollen innovative Projekte unterstützt und Aufträge erteilt werden, die einen wesentlichen Beitrag zu einer klima- und umweltfreundlicheren sowie energieschonenden Zukunft liefern.



Der Sprung vom Kleinst- beziehungsweise Kleinunternehmen zu einem wachsenden Betrieb ist für viele Neugründer hierzulande nur sehr schwer zu meistern. Foto: Fotolia.com

Basis für Neues

Zielsetzungen für die Grundlagenforschung.

Welche Ziele sollte sich Österreich setzen? Wie soll sich das Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und anderen Forschungsarten gestalten? Wo liegt das Intensivierungspotenzial der Kooperation zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung? Was bedeutet das für die Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern? Diesen und ähnlichen Fragen widmete man sich anlässlich des Dialogforums zum Thema „Grundlagenforschung auf neuen Wegen“, das Mitte Mai an der Leopold Franzens Universität in Innsbruck stattfand.

Derzeit belaufen sich die Aufwendungen für Grundlagenforschung in Österreich auf 920 Mio. Euro pro Jahr – das entspricht in etwa 0,39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In Relation zu den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beträgt der Anteil der Grundlagenforschung rund 18 Prozent. International gesehen liegt Österreich damit im „mittleren“ Bereich.



Mehr Geld für die Grundlagenforschung. Foto: Bilderbox.com

Forschungsminister Johannes Hahn hielt fest, dass die Grundlagenforschung der Innovationsmotor im Forschungsbereich sei. Grundlagenforschung definierte er als „Fragen aus Neugierde zu stellen“, diesen nachzugehen und am Ende des Tages etwas vollkommen Neues herauszubekommen. Österreich habe sich das Ziel eines Anteils der Ausgaben für Grundlagenforschung von einem Prozent am BIP gesetzt. sog

Bessere Chancen

Frauen in Wissenschaft und Forschung.

Es gibt in Europa nur wenige Länder, in denen der Anteil von Frauen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (F&E) noch geringer ausfällt, als dies hierzulande der Fall ist. Dieser liegt nämlich aktuell bei mehr als bescheidenen 23,6 Prozent. Welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit die „Frauenquote“ in F&E künftig etwas üppiger ausfällt, war Gegenstand der Überlegungen eines Forschungsdialogs in Krems.

Tenor der Veranstaltung: Durch die Nicht-Einbeziehung von Frauen entgehen der Gesellschaft – und vor allem der Wirtschaft – wesentliche Potenziale für Innovation und Entwicklung. Christine Marek (ÖVP), Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BWA), verwies darauf, dass es vor allem darum ginge, die Karrierechancen von Frauen zu verbessern und ihnen neue Karriereoptionen zu ermöglichen. Besonders wichtig sei es, Frauen Mut zu machen und dies

durch Mentoring und Coaching zu unterstützen.

Barbara Hey von der Universität Graz betonte, dass schon allein die Beurteilungskriterien bei der Personalauswahl in der Wissenschaft dergestalt konstruiert wären, dass diese grundsätzlich Männer privilegieren würden. Peter Kowalski vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BWF) hielt in seinem Abschlussstatement fest, er hoffe, dass es in einem späteren Forschungsdialog nicht mehr notwendig sei, Frauen und Forschung zu einem eigenen Thema zu machen. sog

Special Wissenschaft & Forschung erscheint mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Teil 34

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei *economy*.
Redaktion: Ernst Brandstetter